Urteile im NSU-Prozess

Erleichterung und mahnende Worte

11. Juli 2018



Demonstranten kritisierten am Tag der Urteilsverkündung im NSU-Prozess in München eine unzureichende Aufklärung der Mordserie. (AFP/GUENTER SCHIFFMANN)

Die Urteile im NSU-Prozess sind mit Erleichterung aufgenommen worden. Unter anderem die Türkische Gemeinde in Deutschland forderte aber auch weitere Aufklärung. Amnesty International warf den deutschen Ermittlern schwere Versäumnisse vor.

Eine Sprecherin der Menschenrechtsorganisation sagte, man fordere eine längst überfällige Untersuchung, inwieweit institutioneller Rassismus in den Behörden eine bessere Aufklärung der Verbrechen verhindert habe. Die NSU-Täter hätten ein Jahrzehnt im Untergrund leben und ihre Morde vorbereiten können, während teilweise bis zu 40 V-Leute des Verfassungsschutzes im Umfeld der Gruppe tätig

gewesen seien.

Auch Grünen-Fraktionschef Hofreiter verlangte eine Aufklärung über die Rolle des Verfassungsschutzes. Dieser habe nicht zur Aufklärung beigetragen, sondern sie behindert. Der stellvertretende FDP-Fraktionschef Thomae sprach sich für eine Reform der Sicherheitsbehörden aus. Derzeit seien zu viele unterschiedliche Stellen zuständig.

Die Türkische Gemeinde in Deutschland begrüßte die Verurteilung der Hauptangeklagten Beate Zschäpe zu lebenslanger Haft. Der Vorsitzende Sofuoglu forderte jedoch weitere Strafverfahren gegen das Unterstützernetzwerk des NSU. Die Bundesanwaltschaft habe Erkenntnisse aus parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und zahlreichen Recherchen der Zivilgesellschaft nicht berücksichtigt und sich auf die Theorie eines isolierten Terror-Trios versteift, kritisierte er. Die Linkspartei erklärte, vieles spreche dafür, dass der NSU aus mehr als drei Neonazis bestanden habe. Auch die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden, Knobloch, betonte, es könne kein Schlussstrich unter die Mordserie gezogen werden. Die Schuldsprüche gegen Zschäpe und die vier Mitangeklagten zeigten aber, dass der Staat wehrhaft gegen rechtsextreme Gewalttaten vorgehe.

Bundesaußenminister Maas erinnerte an die Opfer der Mordserie. Der SPD-Politiker schrieb auf Twitter, was die Täter angerichtet hätten, sei durch nichts wiedergutzumachen. Die Opfer blieben unvergessen.

Der Opferbeauftragte der Bundesregierung, Franke, rief zu Solidarität mit Betroffenen und Hinterbliebenen der Anschläge auf. "Ich hoffe, dass die heutige Urteilsverkündung ein weiterer Schritt für die Betroffenen und Angehörigen ist, das Erlebte zu verarbeiten", erklärte er in Berlin. Die menschenverachtende Gesinnung der Taten erfordere eine klare gesellschaftliche Reaktion als Zeichen der Solidarität mit den Opfern dieser zynischen Verbrechen.

Auch Betroffene der türkisch dominierten Kölner Keupstraße reagierten mit Erleichertung. "Das Urteil hilft mir. Ich habe psychisch sehr gelitten. Das ist ein guter Tag", sagte Özlan Yildirim der Deutschen Presse-Agentur. Sein Friseurladen war bei einem Nagelbombenanschlag im Juni 2004 in der Keupstraße völlig zerstört worden.

Mehrere Stunden vor der Urteilsverkündung hatte sich vor dem Oberlandesgericht München eine lange Zuschauer-Schlange gebildet. Gegen sieben Uhr warteten bereits rund 150 Menschen auf dem Vorplatz des Gerichts, einige waren bereits seit dem späten Dienstagabend dort. In den Saal durften nur 50 Zuschauer hinein. Auch mehrere Neonazis nahmen auf der Besuchertribüne Platz. Unter ihnen war auch der bekannte Rechtsextremist Karl-Heinz Statzberger.

Aus Anlass des Urteils waren in mehreren deutschen Städten Kundgebungen geplant. Die Initiatoren warnen vor einem Schlussstrich unter die Verbrechen des

NSU. Die Aufarbeitung sei noch nicht abgeschlossen. Auch vor derm Oberlandesgericht München wurde eine Kundgebung abgehalten.

Diese Nachricht wurde am 11.07.2018 im Programm Deutschlandfunk gesendet.

NACHRICHTEN



(nsu-prozess-zschaepes-verteidigerkuendigt-revision-an.1939.de.html? drn:news_id=902340)

NSU-Prozess
Zschäpes Verteidiger
kündigt Revision an (nsuprozess-zschaepes-verteidigerkuendigt-revisionan.1939.de.html?
drn:news_id=902340)



(nsu-urteil-amnesty-fordertrassismus-untersuchungin.1939.de.html? drn:news_id=902341)

NSU-Urteil
Amnesty fordert
Rassismus-Untersuchung
in Behörden (nsu-urteilamnesty-fordert-rassismusuntersuchung-in.1939.de.html?
drn:news_id=902341)



(vor-nato-gipfel-trump-nenntdeutschland-gefangenenrusslands.1939.de.html? dm:news_id=902291)

Vor Nato-Gipfel
Trump nennt Deutschland
"Gefangenen Russlands"
(vor-nato-gipfel-trump-nenntdeutschland-gefangenenrusslands.1939.de.html?
dm:news_id=902291)



(malta-kapitaen-der-lifeline-darf-nachdeutschland.1939.de.html? drn:news_id=902342)

Malta
Kapitän der "Lifeline" darf
nach Deutschland (maltakapitaen-der-lifeline-darf-nachdeutschland.1939.de.html?
drn:news_id=902342)

Afghanistan
Abgeschobener
Asylbewerber hat sich
erhängt (afghanistanabgeschobener-asylbewerber-hatsich-erhaengt.1939.de.html?
drn:news_id=902321)

Seehofers Migrationsplan Ramelow (Linke) kritisiert "schlechten Stil" (seehofersmigrationsplan-ramelow-linkekritisiert.1939.de.html? drn:news_id=902246) Handelsstreit
China kritisiert neue
Strafzölle der USA
(handelsstreit-china-kritisiertneue-strafzoelle-derusa.1939.de.html?
dm:news_id=902232)

Japan
Premier Abe besucht
überflutete Gebiete (japanpremier-abe-besucht-ueberflutetegebiete.1939.de.html?
dm:news_id=902265)

ARCHIV

Wochenüberblick (dtf24nachrichtenwochenueberblick:1724.de.html)

Nachrichten zum Nachlesen (dlf24-nachrichtennachlesen.1794.de.html) Nachrichten zum Nachhören (#)

Nachrichten barrierefrei (dlf24nachrichten-barrierefrei 1793.de.html)

Deutschlandradio © 2009-2018 (#)

Deutschlandradio (http://www.deutschlandradio.de/) Datenschutz (http://www.deutschlandradio.de/datenschutz.1828.de.html) Hilfe (http://www.deutschlandradio.de/hilfe.215.de.html) Impressum (http://www.deutschlandradio.de/impressum.223.de.html) Kontakt (http://www.deutschlandradio.de/kontakt.359.de.html) Presse (http://www.deutschlandradio.de/presse.2079.de.html)